



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: E. Heusel.

Bekanntmachung.

Da in einem Theile des Großherzogthums Posen die durch die Verordnung vom 11. v. M. angeordneten Urwahlen zur Deutschen National-Versammlung nicht wie in den übrigen Preussischen Staaten am 1. d. M. stattgefunden haben, sondern in den Städten Posen und Schwersenz am 19. d. M. in den zu diesen Wahlen berufenen Landgemeinden des Kreises Posen am 20. d. M. und in den übrigen landrätlichen Kreisen, so weit sie neuerlich mit Deutschland verbunden sind, erst am 25. d. M. stattfinden werden, so kommen die Vorschriften des Allerhöchsten Erlasses vom 24. v. M. (S. S. 115.)

nach denen der 1. Mai hinsichtlich der Vornahme von Rechtsgeschäften und Amtshandlungen als Sonn- und Festtag zu betrachten, für die oben gedachten Wahltag zur Anwendung, was ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringe.

Posen, den 17. Mai 1848.

Der Ober-Präsident des Großherzogthums Posen.
v. Beurmann.

Bekanntmachung.

Nachstehend bringe ich die bis jetzt bekannten Resultate der Wahlen für die Preussische und resp. für die Deutsche National-Versammlung zur öffentlichen Kenntniß. Es sind gewählt worden:

A. für die Preussische National-Versammlung.

1) für die Stadt Posen: zum Abgeordneten der Land- und Stadtgerichts-Rath Neumann, zum Stellvertreter der Land- und Stadtgerichts-Direktor Seger, beide aus Posen.

2) für den Kreis Adelnau: zum Abgeordneten der Gutsbesitzer Adalbert v. Lipski auf Lewkow, zum Stellvertreter der Gutsbesitzer Louis v. Brodowski auf Psary.

3) für den Kreis Birnbaum: zum Abgeordneten der Gutsbesitzer Eduard Rißmann in Birnbaum, zum Stellvertreter der Ober-Landesgerichts-Assessor Brehmer daselbst.

4) für den Kreis Bomst: zum Abgeordneten der Distrikts-Kommissarius Thüm in Tuchorze, zum Stellvertreter der Land- und Stadtgerichts-Rath Kühl in Wollstein.

5) für den Kreis Fraustadt: zum Abgeordneten der Justiz-Kommissarius Schüze zu Lissa, zum Stellvertreter der Schulze Ernst Jung zu Attendorf.

6) für den Kreis Kröben: zu Abgeordneten der Gutsbesitzer Gustav v. Potworowski auf Gola und der Defan Stefanowicz in Punkt, zu Stellvertretern der Lehrer Alexander Cieslawski in Goerchen und der Wirth Wawrzyn Wyrwaka in Niedzwiadki.

7) für den Kreis Krotoschin: zu Abgeordneten der Landrath Bauer und der Realschul-Lehrer Schoenborn, beide in Krotoschin, zu Stellvertretern der Superintendent Baumgart und der Justiz-Kommissarius Kubale, beide in Krotoschin.

8) für den Kreis Meseritz: zum Abgeordneten der Kreis-Secretair Scholtz, zum Stellvertreter der Bürgermeister Brown, beide zu Meseritz.

9) für den Kreis Pleschen: zum Abgeordneten der Gutsbesitzer Dr. Anton v. Kraszewski in Tarnowo, Inowraclauer Kreises, (Doppelwahl; cfr. Nr. 19), zum Stellvertreter der Kammerherr Heinrich v. Unruh auf Wszolow, Pleschener Kreises.

10) für den Kreis Posen: zum Abgeordneten der Gutsbesitzer Graf August Cieszkowski auf Wierzenica, zum Stellvertreter der Ackerwirth Johann Palacz in Gurezyn.

11) für den Kreis Samter: zum Abgeordneten der Probst Laszarski zu Samter, zum Stellvertreter der Gutsbesitzer und Provinzial-Landschafts-Direktor v. Jarochowski hier selbst.

12) für den Kreis Schildberg: zum Abgeordneten der Probst Strybel zu Grabow, zum Stellvertreter der Schulze Switon in Starzbzew.

13) für den Kreis Schrimm: zum Abgeordneten der Gutsbesitzer und General-Landschafts-Direktor v. Brodowski hier selbst, zum Stellvertreter der Land- und Stadtgerichts-Rath Porawski zu Schrimm.

14) für den Kreis Schroda: zum Abgeordneten der Justiz-Kommissarius

v. Trapczyński zu Schroda, zum Stellvertreter der Gutsbesitzer Anastasius v. Radoński in Olebotie.

15) für den Kreis Breschen: zum Abgeordneten der Gutsbesitzer Alfons v. Taczanowski auf Graboszewo, zum Stellvertreter der Gutsbesitzer Graf Eduard v. Poninski auf Breschen.

16) für den Kreis Bromberg: zum Abgeordneten der Ober-Regierungsrath Mebes, zum Stellvertreter der Bürgermeister Heyne, beide aus Bromberg.

17) für den Kreis Chodziesen: zum Abgeordneten der Gutsbesitzer v. Leipziger in Pietrunke, zum Stellvertreter der Freischulze Lehmsdorff in Podanin.

18) für den Kreis Czarnikau: zum Abgeordneten der Rektor Schmidt in Jilehne, zum Stellvertreter der Mühlenbesitzer Mański zu Malzmühle.

19) für den Kreis Inowraclaw: zu Abgeordneten der Gutsbesitzer Dr. Anton v. Kraszewski auf Tarkowo (Doppelwahl cfr. Nr. 9) und der Schulze Martin Ruszkiewicz in Kiaz, zu Stellvertretern der Probst Kaliski in Jarice und der Wirth Paul Nowak in Jarice.

20) für den Kreis Wongrowiec: zum Abgeordneten der Gutsbesitzer und Regierungsrath a. D. Pantaleon Szuman auf Kujawki, zum Stellvertreter der Gutsbesitzer Titus v. Breza auf Swiatkowo.

21) für den Kreis Kosten: zum Abgeordneten der Kammerherr Marcell v. Żółkowski auf Czacz, zum Stellvertreter der Obra-Kanal-Inspektor von Szczepanowski zu Kosten.

B. für die Deutsche National-Versammlung.

1) für den Bezirk Czarnikau-Chodziesen: zum Abgeordneten der Landrath Graf v. d. Goltz zu Chodziesen, zum Stellvertreter der Landrath Junter in Czarnikau.

2) für den Bezirk Bromberg-Wirsitz: zum Abgeordneten der Justiz-Rath Eckert zu Bromberg, zum Stellvertreter der Landgerichts-Rath Roquette daselbst.

3) für den Bezirk Inowraclaw: zum Abgeordneten der Justiz-Kommissarius Senff zu Inowraclaw, zum Stellvertreter der Prediger Ehrlich zu Murzynel.

4) für den Bezirk Birnbaum-Meseritz: zum Abgeordneten der Direktor der Realschule Kerst zu Meseritz, zum Stellvertreter der Professor Gaebel an derselben Anstalt.

5) für den Bezirk Fraustadt-Bomst: zum Abgeordneten der Pastor Nerretter zu Fraustadt, zum Stellvertreter der Prof. Olawski am Gymnasium zu Lissa.

6) für den Bezirk Bomst-Meseritz: zum Abgeordneten der Landrath v. Schlorheim zu Wollstein, zum Stellvertreter der Gutsbesitzer Wandelow in Kranz, Meseritzer Kreises. Posen, am 17. Mai 1848.

Der Ober-Präsident des Großherzogthums Posen. v. Beurmann.

Z u l a n d.

Berlin, den 15. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den seitherigen Regierungs- und Schulrath Ulrich bei der Königlichen Regierung zu Oppeln auf seinen durch Uebernahme eines anderen Amtes veranlaßten Antrag aus seiner Stelle zu entlassen.

Der Regierungs- und Schulrath Bogedain zu Posen ist in gleicher Eigenschaft an die Königliche Regierung in Oppeln versetzt worden.

Se. Excellenz der Geheime Staats-Minister Graf von Arnim, ist von Boikenburg, und der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Kammerherr Freih. Schoultz v. Asheraden, von Kopenhagen angekommen.

Posen, den 15. Mai. Das deutsche National-Comité in Posen hat im Laufe seiner neu fast 2 monatlichen Wirksamkeit folgende Wendepunkte in der Richtung seiner Bestrebungen gehabt:

Seine zunächst alleinige Aufgabe: zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt (dann auch auf dem platten Lande) zu wirken, erweiterte sich Ende März dahin, daß die Wahrung der deutschen Sache zum wesentlichen Gesichtspunkt werden mußte.

Die Veranlassung dazu war der polnische Seitens gemachte Versuch, die ganze Provinz (mit der Kabinettsordre vom 24. und der damit zusammenhängenden Ministerialdeklaration vom 26. März) im polnischen Sinne zu reorganisiren.

Die Wahrung der deutschen Sache wurde für's Erste in der Weise erzielt, daß die Reorganisation auf Grund der Wiener Akte und des Besitznahme-Patents von einem Immediat-Commissarius und von einer ihm zur Seite stehenden deutschen und polnischen Commission bewerkstelligt werden sollte.

Es kam zu keinem Erfolge; der Grund davon lag zum Theil in der Person des Immediat-Commissarius, vorzüglich aber in dem frevelhaften Beginnen der polnischen Faction, welche den Bürgerkrieg vorzubereiten fortfuhr, und endlich ins Leben rief.

Das deutsche National-Comité sah sich daher zur Idee der Abgrenzung beider Nationalitäten hingeführt. Da das Auseinanderreten der Volksstämme und der erwachte Nationalhaß eine Thatsache geworden war, entwarf es die Demarkationslinie, welche es in der Denkschrift vom 16. April c. vorbereitet und gerechtfertigt hatte. Der Norddistrikt und die westlichen Kreise waren mit ihrer Kostrennung bereits vorangegangen.

Diese Demarkationslinie hatte zum Zweck, die Reorganisation im polnischen Sinne nur auf die überwiegend polnischen Kreise zu beschränken. Es traten dieser Idee die Mittelkreise sowohl als auch die Mehrzahl der übrigen mit vollkommener Ueberzeugung bei, und in der hier abgehaltenen Provinzial-Vollversammlung vom 26. April c. an welcher 16 Kreise Theil nahmen, constituirte sich das Comité als deutsches Central-National-Comité, dessen Hauptaufgabe die Ausführung der Demarkation, die Förderung der Reklamationen und der Ueberfidelungen werden sollte.

An dieser Aufgabe arbeitete das Comité rastlos. Der zweite königliche Immediat-Commissarius hat die Demarkationslinie gezogen und das Feld für die weiteren Operationen geöffnet.

Als die Idee der Abgrenzung durchgedrungen, die Wahrung der deutschen Sache durch dieses Mittel gelungen, und die Ausnahme Posens und der vorwiegend deutschen Theile in den Bund ausgesprochen war, feierte das Comité mit Genugthuung am 11. Mai mit der deutschen Bevölkerung das großartige Fest, das in der Geschichte Posens denkwürdig dastehen wird.

Es bleiben nunmehr jedoch noch 3 wichtige Aufgaben zu vollbringen: 1) die kräftige Förderung der Demarkation in ihrer Einzelausführung und die Sorge dafür, daß durch die sofortige Einleitung der Reorganisation der polnischen Kreise, der polnischen Nationalität Gerechtigkeit widerfähre, und daß die Befestigung des deutschen Lebens diesseits der Demarkationslinie zur Sicherung der deutschen Grenzen offen vor sich gehe; 2) die Unterstützung der durch den Bürgerkrieg ihrer Habe und Erwerbsquellen beraubten deutschen Familien, der einzelnen Verunglückten, der von den Insurgenten geplünderten und von Haus und Hof Vertriebenen; 3) die Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse durch die Presse und richtige Leitung der Gesichtspunkte für die Beurtheilung der Tagesereignisse.

Zur Lösung dieser 3 Aufgaben haben sich innerhalb des Comité's 3 Ausschüsse gebildet: der Demarkations-, Unterstützungs- und der Press-Ausschuß, welche im innigen Verein mit den königlichen und Communal-Behörden im Sinne des deutschen Volkes ihrem Ziele mit allen Kräften nachzustreben suchen.

— Ueber die Zustände in der Provinz gehen uns fortdauernd die traurigsten überall durch Nennung von Namen verbürgten Nachrichten zu. Aus Santomyśl wird über die Gräueltaten der Insurgenten in der Nacht vom 9. zum 10. Mai noch ausführlicher berichtet. Bei dem Kaufmann Neufeld ist eine Horde eingebrochen, hat sämtliche stark vergoldete Möbel im ganzen Hause zertrümmert, auch 210 Rthlr. baar Geld und 2 Pferde geraubt; dem Kaufmann Friedmann wurden gegen 700 Rthlr. geraubt; bei dem Kaufmann Eltsch wurde der Schnitt- und Material-Waarenladen geplündert, Alles zerbrochen und circa 150 Rthlr. unter schrecklichen Drohungen erpreßt; beim Kaufmann Landeberg wurde der Schnittwaarenladen ausgeräumt. Dem Brennerei-Besitzer Schieffaffe wurde sämtliche Wäsche nebst 500 Rthlr. baar Geld gestohlen. Dem Kaufmann Marawe wurde der Schnittwaarenladen geplündert. Und Alles dies geschah unter dem schrecklichsten Mißhandlungen und Todesdrohungen gegen die Beraubten, unter Anführung hiesiger besonders gegen die Juden fanatisirten Polnischen Einwohner, die zum Theil durch Larven und Schwärzung der Gesichter sich unkenntlich zu machen gesucht hatten. Die Entmenschetheit der zügellosen Banden ist soweit gegangen, daß sie mit kanibalischer Grausamkeit Nothzucht an einer jüdischen Frau verübt haben. Jetzt treiben sie sich in den an die Stadt grenzenden dichten Waldungen umher und bedrohen die geängsteten Deutschen Bürger mit neuen Schandthaten, wenn das, leider erst nach Verübung aller Erzeße eingerückte Militär die Stadt wieder verlassen sollte. Es sind deshalb flehentliche Bitten an den kommandirenden General und den Ober-Präsidenten gerichtet worden, der Stadt bis zur Herstellung einer allgemeinen Ruhe in der Provinz den militärischen Schutz zu lassen. — Aus Kurnik wird über die Vorfälle vom 7. zum 8. d. M. nachgeholt: Am 7. Nachmittags rückten circa 100 Sensesmänner unter Anführung des berittenen Justizkommissarius Krauthofer-Krotowski nach Kurnik. Nach Abreibung der Preussischen Adler und Proclamation der Polnischen Republik wurde der Bürgermeister abgesetzt und in seine Stelle ein gewisser Gorski ernannt. In dem mit Kurnik fast zusammenhängenden Städtchen Bnin wurde ebenso verfahren. Nachts wurden beide Orte geplündert. Die Wegnahme der Waaren im Laden des Kaufmann Perl und des Moses Buch wurde von Krauthofer persönlich geleitet. Am 8. wurden der Fleischer G. Benjamin und der Handelsmann Joseph Busch von den Insurgenten in der Nähe von Kurnik erschossen. — In Kolonie Dembno bei Steczewo überfielen Sensesleute aus Konarzewo das Haus des Gastwirths Brühl, demolirten es, und raubten und zertrümmerten alle Habe des Brühl im Werth von mehr als 200 Rthlr. aus Rache dafür, daß Brühl einem Armeegensdarmen, der mit einem Transport nach Posen fahren wollte, vor den im Steczewer Walde

Walde lagernden Sensesmännern gewarnt hatte. — In Steczewo wurde unter Anderem das Waarenlager des Hermann Szapski geplündert, sein Mobiliar zertrümmert, die Fenster und Thüren seines Hauses zerschlagen. Die Insurgentenrotte, die dies ausführte, wurde von dem Leinweber Domachowski aus Modrze geleitet. — In Murwana-Goslin fand in der Nacht vom 5. zum 6. Mai eine allgemeine Plünderung der Deutschen Einwohnerschaft durch Insurgentenhäufen statt. Fenster und Thüren wurden zerschmettert und ohne Schonung alle Habe geraubt. — Aus Zakrzewer-Hanland bei Buk geht unterm 12. d. M. die Nachricht von neuer Ansammlung der Sensesmänner und die Bitte um Schutz ein. — Bei Pleschen Zerkow-Mikoslau zeigen sich Räuberbanden von 20 — 30 Mann und beunruhigen die Umgegend. — Ueber den in einer früheren Nummer berichteten Unfall eines Brief-Kommandos bei welchem ein Pferd erschossen worden, muß hier berichtend hinzugefügt werden, daß dabei Niemand von dem herrschaftlichen Hofe Szrodka theilhaftig gewesen. Der Angriff geschah vielmehr von den Leuten aus Nagradowice, welche Hr. v. Moszczewski aufgewiegelt hatte, den Schutz that der Schäfer des Hofes, der sich bald darauf flüchtete.

Posen, den 16. Mai. Kaum kann im Herzen unseres Vaterlandes der Stoß schmerzlicher empfunden werden, den unser Ministerium durch die letzte verhängnißvolle Maßregel erhalten, als hier an den östlichen Grenzen. — Wir erkennen es klar, daß nur ein feststehendes Ministerium für den Augenblick Stürme beschören kann, die vor Begründung unserer neuen Verfassung sich etwa erheben; wir wissen es, daß einen solchen Sturm nur unsere Feinde, seien es Deutsche, seien es Polen, heraufbeschwören können. „Wir stehen und fallen mit einem konstitutionellen Ministerium!“ das ist ein Wort, welches unser Deutsches Volk hier oft mit Hurrah! begrüßt hat. Es ist eine Wahrheit. — Aber nicht wir hier allein, alle wahrhaft Deutschgesinnten Provinzen müssen ihm beistimmen. Darum wollen wir unseren Abgeordneten aufgeben, und unseren Berliner Brüdern zurufen:

„Traget Sorge für den Frieden der Hauptstadt, damit unsere National-Versammlung nicht unter Stürmen berathe!“

Sollten denn die Bürger Berlins nicht jene geringe Anzahl Uebelgesinnter in Schranken halten, sollte der gesunde Sinn über die verderbten und behörten Geister ochlokratisch-kommunistischer Versammlungen nicht den Sieg davontreiben können? — Wir vertrauen fest auf die Möglichkeit! Wir glauben nicht, daß Berlin ein Paris von 92 und 93 für unsere Abgeordneten werden könne, sonst müßten wir rufen:

„Sammelt Euch nicht in der Residenz Ihr Landesvertreter! nicht unter den Einflüssen solcher Volksversammlungen soll unsere Nationalversammlung stehen! in der friedlichen Ruhe einer Provinzialstadt beginnt Euer Werk, das Werk, an dem unsere Zukunft hängt!“

Posen, den 17. Mai. Posen hat mannichfache Besucher in den letzten Wochen von Breslau und Berlin aus in seinen Mauern gehabt, welche den Zweck hatten, eine Art von Okular-Inspektion über hiesige Zustände abzuhalten. Wir erinnern nur an die 3 Breslauer aus dem demokratischen Klub, an die Herren Müller-Jochims, Remak, J. Löwenberg. u. A. Gegen keinen Besuch äußerte sich jedoch der Volksunwille so laut, als gegen die Herren Lewisohn und Korn, welchen der Ruf vorangegangen war, daß sie jener Volksversammlung angehörten, die gegen den Konstitutionalismus ankämpft und Berlin mit dem gefährlichsten Gährungsstoff erfüllt. Das Volk hier weiß sehr wohl, daß besonders in dem Schooße jener Volksversammlung die Machinationen der Polen fruchtbareren Boden gewonnen haben, daß wegen des verwandten Strebens jener Volksversammlung nach anarchischen Zuständen die Sympathie derselben für die Polen so groß geworden und die Deutsche Bevölkerung hier unablässig geschmäht worden ist. — Mit tiefer Entrüstung hat unser Bürger gehört, welche Ansichten über die Polnische Sache diese Herren hier auszusprechen sich nicht entblödeten. Also Polens Freiheit brauchen sie — weil sie einen größeren Markt für ihre Produkte bedürfen, und als „offene Deutsche“ gestehen sie es, daß ein freies Polen doch recht wünschenswerth sei als erstes Kanonenfutter! — Ist das der ideale Boden für ihre Polenschwärmerie? Das Sittlichkeitsgefühl des Volkes empörte sich gegen solche Bestimmungen. Es steht seit Wochen den Polen als seinen bitteren Feinden gegenüber, aber solche Motive für die Polnische Freiheit — und es gönnt den Polen ihre Freiheit kennt es nicht! —

Diese Herren haben auch mit unserem Handwerkstande Verbindungen anzuknüpfen gesucht und bei Sr. Erzbischöflichen Gnaden einen Besuch machen wollen, dies sowohl, als auch ihr Verkehren mit Polen hat ihnen ergötzliche Abendmusiken bereitet.

Eine ernste Betrachtung knüpft sich hieran. Sie gehören nämlich mit zu den Helden, welche in der bekannten Volksversammlung in Berlin gegen unser Ministerium ankämpfen. Wir wissen wohl, daß das Vertrauen zu dem letzteren in den jüngsten Tagen sehr erschüttert worden, und daß besonders Widersprüche zwischen gewissen Behauptungen und Thatsachen die Veranlassung dazu sind; aber jeder wohlgesinnte Staatsbürger, der sein Volk und sein Vaterland liebt, wird mit uns in den Ruf einstimmen: „der Himmel erhalte uns unser Ministerium, und wäre es nur, um uns vor solchen Helden zu schützen!“

Posen, den 18. Mai. Die Posensche Zeitung hat schon vor einigen Tagen gemeldet und die Wosjische Zeitung vom 17. d. M. Nr. 114. berichtet unter dem 15. Mai aus Posen: daß bei Grin ein blutiges Gefecht zwischen unseren Truppen und den Polnischen Insurgenten stattgefunden habe; daß bei Adelsnan

sich neue Infurgenten-Corps zusammensügen und daß Buk abermals von 3—500 Senfemännern überschwenmt worden sei. Von allen diesen Gefechten, Infurgenten-Zusammenziehungen und Ueberfällen ist jedoch bis heute den 18. Mai Abends den Behörden hier selbst auch noch nicht das Geringste bekannt geworden; die obigen Nachrichten müssen daher als gänzlich grundlose Gerüchte bezeichnet werden, an denen auch nicht ein Wort wahr ist.

○ Berlin, den 15. Mai. Nicht der Antrag auf Rückberufung des Prinzen von Preußen hat das Vertrauen zum Ministerium hier untergraben, sondern besonders die in diesem Antrag enthaltene Behauptung, der Prinz sei in einer Mission des Königs nach England gereist. Dieser Widerspruch zwischen Thatsache und Behauptung setzt das Ministerium Anfechtungen aus. Ein wahrhaft konstitutionelles Ministerium muß um sich das Vertrauen des Volkes zu bewahren Alles vermeiden, was an die Wege erinnert, die man in früheren Zeiten betrat. —

Es bezweifelt hier Niemand, daß der Prinz von Preußen in London wird politisch thätig gewesen sein, daß er im Interesse Preußens und Deutschlands wird gewirkt und nachträglich irgend welche Aufträge erhalten haben, aber dies Alles giebt seiner Abreise aus dem Vaterlande keinen anderen Charakter. —

Zu dem Bedauern über das Verfahren des Ministeriums in dieser Angelegenheit gesellt sich wirkliche Besorgniß für dasselbe. Es läßt sich nicht verhehlen, daß die Gegenpartei alle Mittel in Bewegung setzt um eine Anarchie in der Stadt herbeizuführen. Die gefährlichste Maßregel in dieser Beziehung ist die Einladung von Bewaffneten in die Volksversammlung. Sie geschah in den Aufforderungs-Plakaten, wo bemerkt wurde, daß Jeder, dem das Recht Waffen zu tragen zustände, mit solchen erscheinen solle, um zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe beizutragen (sic!).

Noch ist jedoch in Berlin gesunder Bürgersinn genug, der derlei Machinationen entgegenzutreten, noch in den Provinzen die konstitutionelle Gesinnung ist stark und mächtig, um alle Erfolge solcher Bestrebungen vereiteln zu können. Und Gott Lob! unsere Nationalversammlung tritt in wenigen Tagen zusammen!

Berlin, den 16. Mai. Die Besorgnisse, welche man am 13. wegen Störung des Stadtfriedens hegte, haben sich glücklicherweise nicht erfüllt: die Stadt blieb am Abend ganz ruhig und um Mitternacht wurde die zahlreich ausgebotene Bürgerwehr entlassen. Am Sonntag (14.) früh erschien ein Mauer-Anschlag, wodurch für den Abend zu einer Volks-Versammlung unter den Zelten eingeladen und der Wunsch ausgesprochen wurde, daß alle Diejenigen, welche das Recht des Waffentragens haben, auch, und wie es merkwürdigerweise hieß, zur Sicherung der Ordnung, bewaffnet erscheinen möchten! Diese letztere ungesegliche Zumuthung rief einen Aufruf des Stadt-Kommandanten, General-Major von Aschoff, und des Polizei-Präsidenten v. Minutoli an Berlins Einwohner hervor, welcher diese auf das ganz Ungesegliche, Versammlungen bewaffnet abzuhalten, hinwies, und die Zuversicht aussprach, daß die Berliner sich bei derlei Ungeseglichkeiten nicht betheiligen werden. Der General v. Aschoff hatte auch noch besonders angezeigt, daß die Bürgerwehr die Waffen nur im Dienste trage. Inzwischen waren mehrfache, auf die für jetzt beabsichtigte Rückkehr des Prinzen von Preußen bezügliche Maueranschläge, deren einige die Maßregel entschuldigten, andere aber entschieden verworfen und förmliche Verwahrungen dagegen enthielten, erschienen. So protestirte die Bürgerwehr-Kompagnie des 42. Bezirks gegen die jetzt schon etwa eintretende Rückkehr des Prinzen, desgleichen protestirte der konstitutionelle Klub und der demokratische Verein von Breslau. Eine, von dem General-Aschoff selbst und 18 Majoren der Bürgerwehr und Führern fliegender Corps unterzeichnete „Bekanntmachung“ erklärte die Rückberufung des Prinzen „als gegenwärtig unzeitig“ nicht billigen zu können, sprach es aber auch aus, daß die Unterzeichner für Erhaltung der Ordnung, Schutz der Behörden, Sicherheit etc. wirken würden. Ein aus der Bürgerwehr hervorgegangener Anschlag erklärte, daß diese lediglich zum Schutze der gefährdeten Person oder des Eigenthums berufen sei, sonst nur mit dem Volke stehen und fallen wolle. Hiergegen bekannte das 4. Bataillon öffentlich, daß es das Erscheinen der Bürgerwehr mit Waffen nur dann billigen könne, wenn es von den Oberen auf ordnungsmäßige Weise im Dienste angeordnet würde. So war denn der Nachmittag herangekommen und von 5 Uhr ab strömten, der großen Hitze ungeachtet, unabsehbare Massen, jedoch durchweg unbewaffnet, zum Brandenburger Thore hinaus, nach den Zelten. Die mit Waffen Erschienenen legten diese an der Thorwache oder am Versammlungsorte ab. Das Wogen der Menschen wuchs von 5 Uhr ab so beträchtlich, daß man fast sagen möchte, der Staub konnte unter den vielen Menschen gar nicht aufkommen. Vor den Zelten führte Hr. Ludw. Eichler den Vorsitz in der Versammlung, Hr. Held sprach nochmals und ausschließlich über die Tagesordnung: die Rückberufung des Prinzen von Preußen und zeigte, daß nur die Verfassungs-Versammlung den Zeitpunkt, wann der Prinz zurückkehren sollte, bestimmen könne. Weiterhin erläuterte Hr. S. privatim, daß kein Einzelner berechtigt sei, den Palast des Prinzen für National-Eigenthum zu erklären. Endlich wurde beschlossen, daß sich eine Deputation abermals zu dem Minister-Präsidenten begeben solle, um die Vertagung der Rückberufung des Prinzen von Preußen zu beantragen. So zog dann die Deputation, wiederum umwozt von dichten Massen, nach der Wilhelmsstraße. Des mächtigen Treibens ungeachtet, herrschte die größtmögliche Ordnung und Ruhe. Da der Minister-Präsident Camphausen zum Vortrage bei Sr. Maj. in Potsdam war, so empfing der Minister Gr. v. Schwerin die Abgeordneten, erschien alsdann auf dem Balkon und versprach, daß der Ministerrath den Gegenstand schleunig berathen wolle. Die Deputation begab sich mit der Erklärung hinweg, daß sie bis Montag (15.)

Nachmittags 4 Uhr entweder Aufhebung der erwähnten Maßregel, oder Entlassung derjenigen Minister, welche dafür gestimmt, erwarte. Unterdeß war auch ein, in der Volks-Versammlung mitgetheiltes, Maueranschlag erschienen, welcher ein Schreiben des Kommandanten der Bürgerwehr, General v. Aschoff, an den Minister Camphausen enthält, worin des von dem Schreibenden nicht geglaubten Gerüchtes, daß der Prinz von Preußen schon in der Nähe von Berlin sei, zwar gedacht, aber doch gewünscht wird, daß zur Beruhigung eine amtliche Entkräftung des Gerüchtes erfolge. Die sofort erlassene Antwort des Ministers spricht es aus, daß der Prinz erst in einigen Tagen England verlassen, dann in Belgien weilen und frühestens in 14 Tagen hier eintreffen werde. Die Versammlung, welche bis zum späten Abend dauerte, verlief eben so ruhig, wie sie begonnen hatte, und um 11 Uhr Abends war es bei einer schönen Mondnacht unter den Linden so ruhig wie gewöhnlich. — Noch muß eines um 6 Uhr Nachmittags in der Stadt verbreiteten Gerüchtes erwähnt werden, wonach der Ministerpräsident Camphausen seine Entlassung genommen und in Hausmann einen Nachfolger erhalten habe. Auch in der Zelten-Versammlung kreiste eine Ministerliste, worin die Namen Hausmann, Bisby, Nauwerk, Dieferrerweg, Jung u. A. vorkommen. Es darf wohl nicht erst hinzugefügt werden, daß die letztgedachte Liste nur ein freier Entwurf war. Eine Scherzliste wurde gleichfalls überall vertheilt.

Nachschrift. Die Minister haben bereits Mittags ihr Ultimatum kund gethan (s. oben). Man wird einsehen, daß sie heüt nicht anders mehr handeln konnten. Der National-Versammlung werden sie jede Rechtfertigung geben müssen. — Der General v. Aschoff hat einen Tagesbefehl erlassen, worin er, unter Bezeugung seines Dankes, für die von der Bürgerwehr und den fliegenden Corps bewiesenen Aufopferung, diesen erklärt, daß er ihre Thätigkeit ausschließlich zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Freiheiten, so wie der Sicherheit von Personen und Eigenthum, und auch dann nur, wenn er es für unvermeidlich nöthig halte, in Anspruch nehmen werde. Wenn er sich hiernach im vollen Einverständnis mit der gesammten Bürgerwehr befunden, so glaube er auch mit Bestimmtheit auf pünktliche und treue Mitwirkung derselben rechnen zu dürfen. — Der bisherige Führer des bewaffneten Studenten-Corps, Professor Dr. Magnus, hat, zufolge der vorgestern in dem Ministerhause bei dem Grafen Schwerin getroffenen Anordnungen, wodurch die Studirenden leicht in Konflikte mit dem Volke, durchaus wider ihren Willen, hätten gerathen können, seine Ehrenstelle sofort niedergelegt und gestern Mittag eine allgemeine Versammlung zur Wahl eines neuen Führers stattgefunden. Die Berathung wird heüt fortgesetzt. — In einer Volks-Versammlung vom 13. hatte der Schlosser Siegrist erklärt, er spräche für und stünde an der Spitze von 4000 Maschinenbauern. Da derselbe auch öffentlich aufgefördert, bei ausbrechendem Sturme die Schienen der Eisenbahnen zu zerstören, so erklären die Mitglieder der 15 Fabriken von Borstg, Sigl, Böhlert, Klinge, Psuhl, Freund, der Anstalt in Moabit, Webers, Rüdiger, Egells, Hummel, Spahier, Hamann, Hauschild und Hoppe, daß sie den Siegrist, welcher schon öfters ohne allen Auftrag im Namen sämmtlicher Maschinenbauer gesprochen und gehandelt, aus ihrem Comité entfernt haben. Sie verwahren sich ausdrücklich gegen die unberufene Erklärung Einzelner und bitten, daß man sie als Männer von gesundem Herzen betrachten möge.

Königsberg, den 10. Mai. Vorgestern trafen hier, von Husaren eskortirt, 42 junge gebildete Polen aus Russ. Polen ein, welche über die Grenze geflüchtet sein sollen, um nicht in der Russ. Armee gezwungen dienen zu dürfen; man hat sie nach Danzig gebracht.

Heidelberg, den 13. Mai. — Aus Frankfurt bringt man uns so eben die für ganz sicher ausgegebene Nachricht, daß Oesterreich in Galizien dem Beispiele Preußens folgen und das Polnische polnisch organisiren wird.

A u s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 12. Mai. Die gestrige Sitzung National-Versammlung war beinahe nur durch die Verwirrung von Anfang bis Ende bemerkenswerth. Die Galerien waren stark besetzt, obgleich die Tagesordnung keine Ursache dazu barbot. Man schob es auf das Gerücht von einer Arbeiterdemonstration zu Gunsten der Polen. Das Journal des Débats sagt über die gestrige Sitzung, daß sie wieder das seltsamste und peinlichste Schauspiel dargeboten habe. Keine Vorstellung könne man sich von der Unordnung machen, die herrschte. Die Verhandlung betraf Anträge wegen Bildung von mehr als 18 Abtheilungen, weil dieselbe zu zahlreich seien (wurde an die Kommission für die Geschäftsführung verwiesen); wegen Wahl von 36 anstatt 18 Mitgliedern in die Kommission für die Arbeiterfragen, was angenommen wurde; wegen Bestimmung eines Tages, an dem die Berathung der Verfassung beginnen müsse, und ob man nicht lieber eine Vorlage von dem Ministerium abwarten als eine Kommission für den Verfassungsentwurf niedersetzen wolle. Zahlreiche Stimmen riefen: Nein, nein, nichts vorlegen lassen, brauchen keine Vorschriften! Ein Antrag Hr. Sénard's über die Zusammensetzung der Kommission für die Verfassung ward fast einstimmig verworfen, die Ernennung in den Bureaux angenommen. Der Präsident zeigte endlich an, daß die auf der Tagesordnung stehende Vorlage der Geschäftsordnung des verzögerten Druckes wegen erst in einer Stunde erfolgen könne und die Sitzung so lange suspendirt werden müsse. Um 3 Uhr ward sie fortgesetzt. Ein Theil des Entwurfs der Geschäftsordnung ward unter steter Verwirrung

notirt. Dann langte die Mittheilung von der Regierungskommission über die Bildung des Ministeriums an, welche der Präsident verlas. Ein Mitglied brachte von neuem das Gest am 14. Mai auf dem Marsfelde zur Sprache und wollte dasselbe unterlassen wissen, um den Aufwand zu sparen. Hr. Flocon erklärte, daß es mit veranstaltet worden sei, um nothleidende Arbeiter zu beschäftigen. Unter gewaltigem Tumult ward dasselbe endlich gutgeheißen. Ein Vorschlag, alle in die Versammlung gewählte Beamte mit provisorischen Nachfolgern zu versehen, sodas sie nach Schluß der Versammlung ihre Stelle wieder einnehmen können, gab zu einem Sturm Anlaß. Marx rief, daß in der Versammlung Beamte nicht gebracht würden, daß die Doctrinaire zwei Monarchien gestürzt hätten, daß ihre Nachfolger nicht bloß provisorisch ernannt werden sollten, und verwies schließlich den Vorschlag an die Bureaux.

— Straßburger Blätter theilen mit, daß die dahin zurückgekehrten Deutschen Flüchtlinge Befehl erhalten haben sich in das Innere zu verfügen. — In dem Verfassungsentwurfe des Abbe Lamennais ist das Budget für die Geistlichkeit gestrichen.

— Daß das glänzende Talent des Herrn Thiers in den nachträglichen Wahlen der Nationalversammlung doch noch gewonnen werden wird, scheint keinem Zweifel zu unterliegen. Lamartine soll selbst sehr dafür sein.

Spanien.

Madrid, den 8. Mai. Ueber den gestern erwähnten Soldaten-Aufstand erfährt man jetzt folgendes Nähere: Den Angaben des Regierungsblattes zufolge, drangen einige aus den Reihen der Spanischen Armee gestofene Offiziere gestern früh um drei Uhr durch eine verborgene Thür in die Kaserne des Infanterie-Regiments Spanna. Die von ihnen bereits gewonnenen Unteroffiziere ließen die Soldaten mit der Versicherung, die ganze Besatzung hätte sich erhoben, unter Gewehr treten und rückten mit einem großen Theil des Regiments aus, nachdem sie die Offiziere entwaffnet hatten. Auf der Straße schlossen sich ihnen mehrere auf halben Sold gesetzte Offiziere, die sich heimlich hier aufhielten, an. Da diese aber statt der verabredeten Lösung, „es lebe die Königin, nieder mit den Ministern!“ in das Geschrei, „es lebe die Freiheit, es lebe die Republik!“ ausbrachen, so liefen die wenigen auf der Straße befindlichen Leute unter dem Ausrufe „eso no, eso no! a casa! a casa!“ (das nicht, das nicht! nach Hause, nach Hause!) davon, und auch viele der verleiteten Soldaten entfernten sich und stellten sich vor ihren Behörden. Als sie auf der Plaza Mayor ankamen, betrug die Zahl der Rebellen nur noch 300 Mann.

Die Regierung war, wie die amtlichen Darstellungen sagen, von der beabsichtigten Ruhestörung unterrichtet gewesen und hatte alle Maßregeln getroffen, um die Bewegung bei ihrem Ausbruche zu überwältigen. Die Truppen waren deshalb in den Kasernen bereit gehalten worden. Sobald sie anrückten, erschossen sie auf der Straße alle Personen, die ihnen verdächtig schienen, darunter auch zwei Französische Handwerker. Nachdem der General Julgoso schwer verwundet gefallen war, übernahm der General Pezuela den Oberbefehl, und die Truppen griffen mit der Artillerie die Plaza Mayor an. Der Oberst des Regiments Spanna trat mit der Fahne desselben allein gegen die Rebellen vor, um sie durch diesen Anblick zur Pflicht zurückzuführen, allein sie beharrten auf ihrem Widerstande, selbst nachdem das Kanonenseuer ihre Reihen gelichtet hatte. Endlich drang der General Lersundi (derselbe, welcher als Major in der Nacht des 7. Oktobers 1841 an der Spitze aufgewiegelter Soldaten zuerst das Schloß erstürmte, um die Königin zu entführen) auf einen Hornisten der Rebellen ein, entzog ihm die Trompete und blies zur Einstellung des Feuers. Während die Rebellen nun in Verwirrung geriethen, rückten seine Truppen auf sie vor und zwangen die dem Tode entronnenen Soldaten, die Waffen niederzulegen.

Bei diesem nicht völlig eine Stunde dauernden Gefechte wurden außer dem General Julgoso noch sechs Offiziere verwundet, und das brave Ingenieur-Regiment erlitt allein einen Verlust von 30 bis 40 Mann an Todten und Verwundeten. Unter den Leichen der Rebellen fand sich die des Deputirten von Granada, Belo, in der Uniform der Nationalmiliz vor.

Gestern Mittag ließ der neue General-Capitain Pezuela alle mit den Waffen in der Hand gefangen genommenen Soldaten und Bürger nach einer am Prado belegenen Kaserne führen und vor ein Kriegsgericht stellen. Da die Königin den Antrag auf Dezimierung sämtlicher rebellischen Truppen zurückgewiesen hatte, so wurden nur acht Soldaten und fünf Civil-Personen, unter Letzteren zwei verabschiedete Offiziere, zum Erschießen bestimmt. Um fünf Uhr Nachmittags wurde der Theil der Straße Alcalá, welche von dem Eingange des Prado nach dem Thore führt, durch mehrere Bataillone und Artillerie abgesperrt, und um 6 Uhr wurden die dreizehn verwundeten, auf einer Bahre getragenen Mann bemerkt, vor das Thor geführt und in Gegenwart fast der sämtlichen Besatzung von Soldaten desselben Regiments Spanna, dem die Schuldigen angehörten, erschossen. Den begnadigten, aber zu den Galeeren verurtheilten Soldaten wurden darauf die Uniformen abgerissen und sie selbst halb entkleidet durch die Stadt geführt. Nachdem nun sämtliche Truppen vor den Leichnamen der Letzteren beflirt hatten, marschirte der Theil des Regiments Spanna, der mit dem Erschießen beauftragt gewesen war, mit klingendem Spiel vor das Schloß der Königin, welche auf dem Balkon erschien und huldvoll dankte. Der General Pezuela richtete an die Truppen eine Anrede, in denen er sie ermahnte, nachdrücklich sich anzustrengen, damit ihre Uniformen von den durch einige Unwürdige ihnen ausgebrachten Flecken gereinigt würden.

Der Belagerungs-Zustand ist natürlich sogleich erneuert worden, obgleich die

Aufhebung der konstitutionellen Garantien ohnehin in der ganzen Monarchie fortbauerte. Eine Menge der verschworenen Unteroffiziere auch anderer Regimenter ist indessen entkommen und wird aufgesucht. Gestern waren deshalb alle Thore der Stadt geschlossen.

Die Regierung behauptet in einem an die Provinzial-Behörden gerichteten, heute in der amtlichen Gaceta veröffentlichten Rundschreiben, die rebellischen Soldaten wären durch „fremdes Gold“ verführt worden. Die ministeriellen Blätter El Popular und der Heraldos drücken sich in diesem Sinne noch deutlicher aus. Heute herrscht hier vollkommene Ruhe.

Italien.

Rom, den 3. Mai. (Köln. Ztg.) Die Ruhe ist hergestellt. Mamiani scheint wirklich mit der Bildung eines neuen und zwar eines absoluten Laien-Ministeriums beauftragt zu sein. Die Kriegs-Angelegenheiten sollen der Staats-Consulata anvertraut werden. Die Civica ist zur Vernunft zurückgekehrt, und die Thore sind zwar noch durch sie besetzt, aber man kann frei aus und ein.

Rom, den 5. Mai. (Schwäb. Merk.) Vorgestern sind folgende Personen in das neue provisorische Ministerium ernannt worden: Graf Mamiani, Minister des Innern und Präsident des Ministerraths. Zum weltlichen Minister der äußeren Angelegenheiten ist Graf Marchetti ernannt. Minister der Justiz-Advokat de Rossi. Advokat Lunati ist Minister der Finanzen. Duca diignano (Massimo) hat die Staatsbauten und den Handel. Fürst Doria, Kriegs-Minister. Kardinal Giacchi (bisheriger Legat in Ferrara) ist Minister des Kultus; seine Stelle wird interimistisch vom Kardinal Orioli versehen. Professor Orioli (der früher während seiner Verbannung als Professor in Korfu angestellt war) ist zum Minister des öffentlichen Unterrichts bestimmt. Galetti endlich, der bisherige Polizei-Minister, hat diesen Posten wieder angenommen. Alles scheint sich auf friedliche Weise zu lösen. Der Papst genießt nach wie vor, ungeachtet seiner Weigerung, als Kirchenfürst den Krieg zu erklären, dieselbe Liebe seines Volkes. Die Schwierigkeiten scheinen sich durch sein Uebertragen jenes Rechts (und damit eigentlich der ganzen weltlichen Herrschaft) an das Ministerium gelöst zu haben.

Neapel, den 4. Mai eine telegraphische Depesche vom Festungs-Kommandanten in Messina vom 2. Mai, 3½ Uhr Nachmittags, meldet den Abschluß eines Waffenstillstandes bis zum 20. Mai.

(Eingefandt.)

Die Candidatur zum Deutschen Parlamente in Frankfurt.

Die heutige Nummer der Zeitung für das Großherzogthum Posen enthält als Beilage eine Bekanntmachung des hiesigen Magistrats über die Wahl zum Deutschen Parlamente in Frankfurt. Wen wird die Stadt Posen mit dieser eben so wichtigen als schwierigen Sendung beauftragen? Gemeldet hat sich dazu bis jetzt nur Ein Candidat, der Referendarius Baron v. Dazur, empfohlen in Nr. 101. Der oben gedachten Zeitung durch seinen Freund, den Assessor E. Braehvogel. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Sache überhaupt, und namentlich in Bezug auf die in dieser Provinz obwaltenden Verhältnisse, erscheint es durchaus nothwendig, mit strenger Sorgfalt zu prüfen, ob dieser, bis jetzt einzige Candidat auch geeignet ist, unsere Deutschen Interessen nach allen Seiten hin genügend zu vertreten. Die Empfehlung Seitens eines Freundes kann und darf eine solche Prüfung nicht ausschließen, weil bei unferen menschlichen Schwächen das Urtheil der Freundschaft nicht immer das richtige ist, hauptsächlich aber, weil Jeder selbst urtheilen soll.

Bei der hiernach gewiß nothwendigen Prüfung kann nun der von dem Candidaten an seinen Freund gerichtete und von diesem bei der Empfehlung veröffentlichte Brief offenbar keine Berücksichtigung finden. Geschrieben augenscheinlich, um als Programm des politischen Glaubensbekenntnisses zu dienen, — unzweifelhaft zur Veröffentlichung bestimmt, um die Candidatur einzuleiten, — in seinem Inhalte größtentheils nur das wiedergebend, was früher und jetzt die allgemeine und wiederholentlich ausgesprochenen Wünsche und Forderungen des Deutschen Volkes sind, — kann dieser Brief zur Beurtheilung der politischen Ansichten und des Charakters des Candidaten Nichts beitragen, noch weniger aber über seine Befähigung zu der Abgeordnetenstelle irgend welchen Aufschluß geben. Will man aber auf dieses Schreiben einige Rücksicht gestatten, so kann dies gewiß nicht zum Vortheil des Candidaten ausschlagen. Nicht zu billigen ist zunächst, daß Herr v. D. den — nach dem Urtheile jedes Unbefangenen bei Vergleichung der Empfehlung in Nr. 101. dieser Zeitung mit der Antwort in Nr. 19. des constitutionellen Blattes, Beilage zu Nr. 107. dieser Zeitung — für die Candidatur absichtlich geschriebenen Brief für ein zur Veröffentlichung nicht bestimmtes Privatschreiben erklärt. Es wäre gewiß der Sache angemessener und für die Candidatur des Herrn v. D. günstiger gewesen, die klar vorliegende Absicht auch offen einzuräumen. Das Verneinen dieser Absichtlichkeit kann gewiß nicht Vertrauen erwecken. Noch weniger kann dies der Inhalt des Briefes. Herr v. D. sagt darin unter Anderem wörtlich: „Aber auch bei mir hat der 18. März, oder richtiger gesagt, die folgenden Tage und Wochen, Großes gewirkt. Ich habe gesehen, daß meine Ideen nicht bloß natürlich und vernünftig wahr, sondern daß sie auch ausführbar, schon jetzt ausführbar sind. Ich habe erkannt, daß das Volk mündig und reif ist für jede Freiheit, die wir für dasselbe gefordert und erlangt haben.“

Mit anderen Worten:

Bis zum 18. März d. J. hat Herr v. D. an der Mündigkeit des Volkes gezweifelt; — bis dahin war er bedenklich, ob die Ideen der Freiheit ausführbar, ja, ob sie natürlich und vernünftig waren.

Wen erst die Ereignisse der letzten Wochen zur Ueberzeugung von der Mündigkeit des Volkes gebracht haben, der kann kein Mann des Volks sein; er hat zwar unter (oder über) dem Volke gelebt, aber nicht in, nicht mit demselben. Er ist erst durch die Thatkraft des bisher verkannten Volkes aus seinen Zweifeln und Bedenklichkeiten ausgerüttelt; seine jetzigen Ansichten sind ein Produkt der neuesten Ereignisse, seine volksthümlichen Ideen sind noch jung, (Mit zwei Beilagen.)

und eben deswegen auch noch nicht kräftig. Mit Recht darf man daher besorgen, daß diese eben gewonnenen Ueberzeugungen von der Volksmündigkeit eben so schnell wieder vergehen, wie sie plötzlich entstanden sind. Herr v. D. sagt ferner in seinem Schreiben:

„Wo sind nun die durch das Feuer so vieler Examina geläuterten, aber auch ausgedörrten Altenleute geblieben? Wo war ihre Macht, ihre Weisheit? Sie schlugen vergebens die Gesetzsammlung nach; beim Paragraph gegen die Gewalt der Zeit! — Wo lag die Kraft der künstlichen Maschine? im Titelkram, in der Einbildung. Alle diese Examina waren Nichts dem gewaltigen Schritte der Zeit, dem gewaltigen Willen des Volkes gegenüber.“

Daß der bürokratische Staat über kurz oder lang fallen werde, haben gediegene Männer schon vor Jahren erläutert. Daß er jetzt durch den Willen des Volks gestürzt ist, läßt sich nicht leugnen. Daß auch die durch riguröse Examina geläuterten Altenmenschen gegen diesen Volkswillen Nichts vermocht haben, kann man zusehen. Aber ungerecht ist der Angriff gegen ein Institut des gesunkenen bürokratischen Staates, das bisher nur segensreiche Folgen hatte, und das auch ferner in dem demokratischen Staate blühen wird, — das Institut der verschiedenen Staats-Prüfungen. Es gab früher und wird auch späterhin dem Volke jedenfalls die Garantie geben, das zu den nun einmal nicht zu entbehrenden Beamtenstellen nur Leute gelangen konnten und gelangen werden, welche durch allgemeine und durch besondere Fach-Bildung sich das Vertrauen zu einer gewissenhaften Erfüllung der Amtspflichten erworben haben.

Diese wenigen Andeutungen werden gewiß genügen, um jenen Brief — will man ihm durchaus besondere Aufmerksamkeit schenken — jedenfalls als ein Dokument für die Candidatur des Herrn v. D. ganz zu beseitigen. Dann aber schilt es an jedem anderen Anhalte für die gewissenhafte Prüfung der Frage: ob Herr v. D. der Mann ist, dem wir die Vertretung unserer Interessen mit Vertrauen übergeben können? H. v. D. sagt in seinem mehrerwähnten Schreiben:

„Jetzt helfen nur Ideen, Charakter, Muth!“
Wir fügen noch hinzu: „Kenntnisse.“ Nun wohl. Der Candidat beweiße zunächst, daß er diesen 4 allgemeinen Erfordernissen entspricht, mit anderen Worten, daß er ein Mann ist von hervorragender Fähigkeit, von gründlicher allgemeiner Bildung, von absoluter schon früher bewährter Gesinnungstüchtigkeit und Charakterstärke. Sein bisheriges Leben in hiesiger Stadt war zu unbedeutend und erscheint nicht geeignet, das Vorhandensein diese Requisite zu bekräftigen.

Aber auch diese allgemeinen Erfordernisse, selbst wenn sie mit einer gewissen Rede-Gewandtheit verbunden sind, genügen nicht, um die Stellung eines Abgeordneten nach Frankfurt gebührend auszufüllen. Wir Deutschen im Großherzogthume müssen auch darauf bestehen, daß ein Deutscher unsere Interessen wahrnehme, ein Deutscher seiner Abstammung und seiner Gesinnung nach. Ob diesem Erforderniß Herr v. D. entsprechen kann, wissen wir nicht, da wir sein früheres Leben — seine Antecedentien — nicht kennen. — Wir fordern endlich auch, außer einer allgemeinen Bildung, noch ganz besondere Kenntniß der politischen und socialen Verhältnisse der Vor- und Jetzt-Zeit, namentlich auch des Staats- und Völker-Rechts, der Deutschen und besonders Preussischen Gewerbe-, Zoll- und Finanz-Verhältnisse, ganz vorzüglich aber eine genaue Bekanntschaft der hiesigen provinziellen Zustände und Verhältnisse. Ob Herr von Dazur auch diesem Verlangen genügen kann, ist uns aus dem schon angegebenen Grunde ebenfalls unbekannt. Der Umstand, daß Herr von Dazur — wie man hier sagt, — bei Feststellung der sogenannten Demarcations-Linie irgend wie mit thätig gewesen, kann natürlich durchaus keinen Rückschluß erlauben, daß er die Verhältnisse und Interessen der Provinz und Stadt, und namentlich der deutschen Bewohner darin genau erwogen und erkannt habe. H. v. D. hat allerdings — was gewiß Jeder gern anerkennt — während seines Aufenthalts in Berlin für die Verteidigung der deutschen Interessen gegen die Annahmungen und Verdächtigungen des Polenthums nicht Unbedeutendes geleistet. Für die hier zu erörternde Frage kann dies jedoch von großem Gewichte nicht sein. Solche Handlungsweise durfte man von jedem Deutschen erwarten, der mit dem Stande der Dinge hier auch nur einigermaßen vertraut war. Denn auch war diese Verteidigung der deutschen Interessen, wenn auch möglicher Weise anstrengend, doch sonst nicht schwer, und bedurfte namentlich keiner besonderen Befähigung. Daß wir Deutsche aber jedenfalls für seine Verteidigung unserer Gesetzmäßigkeit ihm Dank zu zollen haben, soll nicht in Abrede gestellt werden. Die Dankbarkeit allein kann jedoch die Wahlfrage nicht entscheiden, sie kann die gewissenhafte Prüfung der Befähigung nicht beseitigen. Auf der anderen Seite darf man von jedem Ehrenmanne auch erwarten, daß er ein so wichtiges und schwieriges Amt bestimmt ablehnen wird, wenn er nur aus Dankbarkeit für früher geleistete Dienste, und nicht aus Ueberzeugung seiner Tüchtigkeit dazu berufen wird.

Möge nun H. v. D. — wenn es ihm um die Candidatur Ernst ist — durch vorstehende Zeilen sich veranlaßt fühlen, auf andere Art, als durch die Empfehlung eines Freundes oder das wiederholt erwähnte Schreiben an denselben, seine Befähigung begründen. Mögen aber auch die Wähler und Wahlmänner Posens obiger Mittheilung einige Beachtung schenken, wenn sie mit sich und Anderen zu Rathe gehen, wenn sie den schwierigen und wichtigen Auftrag geben wollen, zur Vertretung unserer Interessen im deutschen Parlamente zu Frankfurt. Posen, den 14. Mai 1848. Graebe.

Folgende Adresse ist von dem hiesigen Magistrate an das Staats-Ministerium abgefandt worden:

Hohes Staats-Ministerium! Mit tiefem Schmerz und gerechter Entrüstung haben wir erfahren, welche Aufregung die von Hochdemselben beantragte Zurückberufung Sr. R. Hoheit des Prinzen von Preußen nach Berlin bei vielen Bewohnern dieser Residenz hervorgerufen hat. Weit entfernt in dem beregten Antrage eine Reaction zu erblicken oder durch die Rückkehr Sr. Königl. Hoheit selbst eine solche befürchten zu müssen, halten auch wir die Anwesenheit des ersten Bürgers der nunmehr constitutionellen Monarchie, an welcher wir festzuhalten und die wir nöthigenfalls mit dem letzten Tropfen unsers Bluts zu stützen und zu verteidigen entschlossen sind, bei den bevorstehenden Berathungen über unsere künftige Verfassung für unerlässlich und nothwendig.

Indem wir uns daher vollkommen einverstanden erklären mit den Erlassen

Eines hohen Staats-Ministerii vom 10., 13. und 15. d. M. haben wir die Ueberzeugung, daß der größte Theil der Bewohner Berlins und der übrigen Staats-Angehörigen dieselben Ansichten theilen und bemüht sein werde, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß nunmehr die weitere Entwicklung unsrer innern staatlichen Verhältnisse im ruhigen gesetzlichen Wege fortschreiten und nicht durch entgegengesetzte Bestrebungen einiger Böswilliger oder Verleiteteter ein Zustand herbeigeführt werde, welcher offenbar nur zum Verderben unsers theuren Vaterlandes reichen könnte. Posen, den 17. Mai 1848.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

(Eingefandt.)

Die Frankfurter Wahlangelegenheit bringt die in unserer Stadt bestehende bürokratische Parthei endlich ans Licht. Jetzt kennt Ihr sie alle kennen lernen, Mitbürger. Bisher haben sie sich stets zurück gezogen, Volksversammlungen waren ihnen zu „ordinair“, sie hielten es unter ihrer Würde dort zu erscheinen, oder gar zu sprechen. Mit Lächeln und Achselzucken blickten sie auf die ganze gewaltige Bewegung im Volke.

Das sind die Bürokraten, die da fest glauben, es ginge nun einmal nicht ohne sie, und es würde schon der Augenblick kommen, der ihnen das Feste wieder in die Hände spielen soll.

Dieser Augenblick scheint ihnen jetzt da zu sein. Die Frankfurter Wahl, — diesen Posten anzunehmen würden diese Herren sich allenfalls entschließen, sie würden so gütig sein nach Frankfurt zu gehen — nicht um das Volk im Geiste der Zeit zu vertreten, sondern um die alte Beamten-Wirtschaft herzustellen.

Da intriguiren sie bei den Wahlen. Die alten Wahlmänner, die unseren Neumann nach Berlin ernannten, sind ihnen nicht recht, es sind ihnen zu viel Bürger drunter. Beamte! mehr Beamte müssen hinein und da bilden sie Partheien und schlagen in einem einzigen Bezirke zwei Reg.-Räthe und einen Major vor.

Vor diesen Bürokraten hütet Euch. Da seindet sie einen Mann an, der eher laut für uns aufgetreten ist als wir selbst, schlechende Verdächtigung, von dem Ehrenmanne Niese zurückgewiesen, Angriffe aller Art, lächelnde Blicke, Achselzucken, alles wird angewendet, Herrn Dazur zu stürzen, weil er vom Volke geschätzt ist, weil er in unsere Versammlungen und nicht zu den Bürokraten geht, weil er dem Comité angehört, das uns so unendlich genützt hat, aber jenen Herren ein Dorn im Auge ist. — Darum wollen sie jetzt Zwietracht unter den Bürgern ausäen. Also sie wollen lieber die deutsche Sache verrathen als einen Mann in Frankfurt sehen, der öffentlich gegen die Bürokraten aufgetreten ist. Wir Bürger wollen aber grade einen solchen Vertreter haben, der schon für uns gewirkt hat, dessen Eifer für unsere Sache wir kennen. Mehrere Bürger. (Folgen die Unterschriften.)

(Eingefandt.)

Wer die „Gazeta polska“ außerhalb Posen liest, muß sich von den Polen, ihren Heldenthaten und frommen Ausübungen einen großartigen Begriff machen *) Noch keine Schlacht, so liegt diese Gazeta, haben die Insurgenten verloren; überall, so liegt diese Gazeta, seien die Preußen mit großem Verluste zurückgeschlagen worden; bei Miloslaw haben, so liegt nämlich die Gazeta polska, 900 Polen, sage neun hundert Polen, 6000 Preußen in die Flucht gejagt. (Wer muß hier nicht lachen!) Nur die Deutschen (hört!) nur die Deutschen verüben Excesse, die man alsdann auf die Insurgenten wälzt, und diese, voller Güte und Sanftmuth, (hört, hört!) ertragen dieses Alles mit Geduld. Zwar glaubt ihr kein Mensch; und trotz diesem veranlaßt sie oft die oberste Militair-Behörde, ihre entstellten Berichte zu berichtigen.

So bringt uns die Posener Zeitung vom 17. d. M. No. 114 von Sr. Excellenz v. Colomb eine Erwiderung eines lügenhaften Aufsatzes in der Gazeta polska No. 42. — Diese behauptet nämlich: Die Soldaten haben in Putz 2 Juden erschossen, die Sensen auf sammelten u. u., welche Behauptung obige Erwiderung zwar in Zweifel stellt, aber denselben, aus Mangel an authentischen Berichten, nicht ganz negiren kann.

Wenn auch jener Auffatz der Gazeta polska schon dadurch an Authentizität verliert, daß Deutsche (Juden mit inbegriffen) während Gräuelszenen, deren Zielscheibe sie selbst sind, sich gewiß eher damit beschäftigen werden, ihr Leben und Eigenthum auf irgend eine Art in Schutz zu bringen, als mit Aufsammlen der Sensen: so war auch noch der hierher sich geflüchtete evangel. Kantor und Lehrer in Putz Augenzeuge — denn es geschah vor seiner Thür, wie er mir selbst erzählt hat — wie die in Rede stehenden 2 Juden (mit dem Stadtdiener zugleich) auf ihrer Flucht von Polnischen Sensenmännern auf eine gräßliche Weise ermordet wurden.

Ein Wunder, daß die Gazeta polska nicht auch hier schreibt, die Juden haben aus der Synagoge geschossen, oder: die Juden waren es, die die Soldaten im Quartier ermordet haben. S. Meyer.

(Eingefandt.)

Motto: Unser Magistrat schläft.

Vertrauensvolle Bitte!

Der Nothstand, in welchem sich die arbeitende Klasse hierorts überhaupt, und insbesondere ein großer Theil der Gewerbetreibenden und ihrer Arbeitsgehülfen befindet, welche nur aus dem täglichen Erwerb ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familien gewinnen können, ist bekannt.

Bei der herrschenden Vertrauenslosigkeit beschränkt sich auch der Vermögende nur auf das Unentbehrlichste, wodurch dem größten Theile der ärmeren Gewerbetreibenden fast jede Möglichkeit eines Erwerbes benommen ist.

Daher gebietet die Menschenliebe einem Jeden, die Behörden aber insbesondere, Abhilfe herbeizuführen, und soweit es die Mittel irgend gestatten, aus aller Kraft mitzuwirken.

Was ist nun diesem großen Mangel abzuhefen von unserm Magistrate geschehen?

Viele Thränen des Kummers werden aber gestillt werden, wenn sich Alle, die es irgend vermögen, entschließen, sich nicht bloß auf das Unentbehrlichste in ihrem Hauswesen zu beschränken, sondern auch über den augenblicklichen Bedarf hinaus Anschaffungen gegen baldige Bezahlung zu machen und lohnende Arbeiten zu bestellen.

*) NB. Wenn er leichtgläubig ist.

Der Einsf.

An Alle, deren Verhältnisse es nur einigermaßen gestatten, ergeht daher meine dringende Bitte: durch Arbeitgeben an die Gewerbetreibenden, wie Tischler, Schneider, Schuhmacher, an die bei Bauten beteiligten Gewerbe: diesen die Mittel zu gewähren, sich und die Ihrigen die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse zu beschaffen und so den größten aller Feinde — den Hunger von sich abzuwehren.

Am Schlusse stelle ich nun die Frage, was wird von unserm Magistrat geschehn?
Ludwig Johann Mayer,
Posen, den 18. Mai 1848.
Buchbindermeister.

In unseren jetzigen, leider an und für sich so unruhigen Zeitverhältnissen wäre es gewiß das Nöthigste und für uns das Heilbringendste, wenn Deutsche Männer untereinander recht friedlich und einig wären, Mißhelligkeiten, aber nicht durch öffentliche Blätter, soweit solche Persönlichkeiten berühren, sondern Aug' in Aug' gegenüber abwickelten. Der Verfasser ist mit Vielen seiner Mitbürger überzeugt, daß bei dem harmlosen Charakter des Bürgers Bornhagen hinsichtlich der Erkundigungen, die derselbe über Herrn von Schreeb einzuziehen gesucht, keine Ehrenwirdigkeit, die Herrn Bornhagen zuzuschreiben ist. Es steht heut zu Tage einem Jeden frei, ja es ist sogar die heiligste Pflicht eines jeden Deutschen Mannes, den Charakter seines Mitbürgers kennen zu lernen, und sich über seine übrigen Verhältnisse, soweit solche der Deutschen Sache nützlich oder schädlich werden können, zu unterrichten, dies aber kann nur im Verbande mit seinen Mitbürgern geschehen. Der Verfasser hält beide Herren für Ehrenmänner, und es ist sein herzlichster Wunsch, recht bald Beide einig zu sehen, denn so nur können selbige der schönen Deutschen Sache nützen.

J. S c h e d i n g.

(Eingefandt.)

Zur Erwiderung auf die vom M. O. N. i e s e unterm 16. d. M. abgegebene Erklärung, im Betreff des Aufsatzes in der Beilage zu No. 113. dieser Zeitung, diene Folgendes: bei dem Vorschlage, Herrn Dr. Heple zum Abgeordneten für Frankfurt a. M. gewählt zu sehen, hat den Einsender jenes Aufsatzes lediglich die einzige und wahre Ueberzeugung geleitet, Sr. Dr. Heple sei, nach seiner bisherigen erfolgreichen Wirksamkeit zu urtheilen, grade der rechte Mann dazu, diese wichtige Mission mit Treue und Geschicklichkeit auszuführen. Unbeschadet der anerkennenswerthen Verdienste des Herrn von Dazur, welcher ebenfalls zu denjenigen gehört, von denen in jenem Aufsatz gesagt ist „und denen wir stets mit Achtung und Auszeichnung begegnen werden“, glaubt Einsender nichts desto weniger darauf bestehen zu müssen, seine geehrten

Mitbürger, die Wähler, aufzufordern, ihr Augenmerk vornehmlich auf den Bürger Heple zu richten. — Herr v. Niese aber hätte wirklich gut gethan, sich mit dieser Angelegenheit gar nicht zu befassen, da er, dem Erachten des Einsenders nach, nicht befugt sein kann, für Jemand in einer Sache das Wort zu ergreifen, der er bisher ziemlich fremd gestanden, denn — wer hat ihn jemals in der Volksversammlung anwesend gesehen?

(Eingefandt.)

Entgegnung.

Auf das unter dem 16. d. M. von Herrn v. Schreeb gegen mich gerichtete Pamphlet bin ich meinen Mitbürgern folgende Erklärung schuldig: Als berechtigter Urwähler fand ich am Wahltag mich verpflichtet, Herrn Seelig das Bedenken auszusprechen, ob Herr v. Schreeb sich wohl zum Wahlmann qualifice, da derselbe vom Amte suspendirt und in Untersuchung sei, welchen Umstand Herr v. Schreeb selbst mir früher mitgetheilt hatte. Ich erlaube mir demnach keine Intriguen, sondern offen und frei habe ich ausgesprochen, was ich glaubte meinen Mitbürgern schuldig zu sein. Denn nimmermehr konnte ich es billigen, daß durch sie ein Mann gewählt, und als ihr Vertreter für gut erachtet würde, der als Beamter für untauglich vom Amte suspendirt worden war. Herr v. Schreeb will jetzt zwar mich und die Welt belehren, daß er seinem zu verdammenden Prinzipie sich gepfört habe, und daß er aus Grundsatz faul gewesen sei; allein wer konnte eine solche Rechtfertigung erwarten, da er doch so lange für Nichtsthun Schall bezogen hat, als man es ihm nur geben wollte. Alle übrigen hämischen Angriffe des Hrn. v. Schreeb gegen meine Person näher zu beleuchten, halte ich für überflüssig, da derselbe nach meinen Dafürhalten durch sein Pamphlet sich selbst gerichtet hat.
E. Bornhagen.

Handelsbericht.

Berlin, den 16. Mai. An der heutigen Kornbörse waren die Preise von Weizen nach Qual. 44 — 48 Rthlr.; Roggen nach Qual. 27 — 29 Rthlr.; Gerste loco nach Qual. 25 — 26 Rthlr.; Hafer loco nach Qual. 17 — 18 Rthlr.; Rüböl loco 10 1/4 Rthlr. bez.; dto. pr. Herbst 11 1/2 Rthlr. bez.; Spiritus loco 16 — 15 1/2 Rthlr.

P. M. Durch ein Versehen ist in der Beilage zu No. 111. dieser Zeitung am Ende der „humoristischen Schilderung des Zuges einer Streif-Compagnie“ gesagt: „Schluß folgt.“ Ebenso ist durch ein Versehen über den „Mahnung“ überschriebenen Artikel in No. 114. d. Zeitg. die Bezeichnung „Eingefandt“ vergessen worden.

Stadt-Theater.

Sonnabend den 20. Mai die Abonnements-Vorstellung: Auf vielseitiges Verlangen: Ein höflicher Mann; Lustspiel in 3 Akten von Feldmann. — Hierauf: Herr Karoline; Vaudeville-Posse in 1 Aufzuge nach Varin und Boyer von Kalisch; die Musik theils componirt, theils arrangirt von dem K. Ballet-Musik-Dirigenten Herrn Gährig. (Manus.)

Um mehrfachen an mich von außen her gerichteten Anfragen zu entsprechen, mache ich hierdurch bekannt, daß der Unterricht an dem Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium hieselbst seit dem 1ten d. M. in ungehörtem Fortgange ist.
Posen, den 17. Mai 1848.

Dr. Kiefling, Dir. gymn.

Zur Unterstützung der hinterbliebenen Wittwen und Waisen der in den Gefechten gefallenen Soldaten sind ferner eingegangen: 7) von Herrn Antiquar Sufmann 15 Egr., 8) von dem Herrn Lieutenant v. K. der Garde-Artill.-Brigade 10 Rthlr., 9) durch Herrn Landrath Junker eingekandt 11 Rthlr., 10) in der Stadt Selow gesammelt und durch Herrn von der Narwig auf Friedersdorf eingesendet 38 Rthlr. Posen, den 18. Mai 1848.

Leglaff, Korps-Auditeur,
Berliner-Strasse No. 11.

Als ich am 29sten v. Mts. verwundet von Krons wegfuhr und einige Minuten auf dem in der Nähe liegenden Windmühlenberge anhielt, wohin sich viele obdachlose Bewohner geflüchtet hatten, kam eine Frau an meinen Wagen und bot mir ein Deckbett — vielleicht das Einzige, was sie von ihren Habseeligkeiten aus den Flammen gerettet hatte, — freundlich an. Ich war augenblicklich — wie leicht zu begreifen — nicht in der besten Laune und wies ihre Gabe kurz und bündig zurück. Erst nachher habe ich die große Menschenfreundlichkeit und Herzengüte erkannt und bewundert, und ich kann es nicht unterlassen, dieser Frau noch nachträglich hiermit meinen Dank auszusprechen.

Schrimm, den 14. Mai 1848.

Bar. v. Linstow,
Lieutenant im 18. Inf.-Regt.

Proclama.

Auf dem Folium des Grundstücks Alt-Borun Gouland No. 19. sind Rubr. III. No. 5. achtzig Thaler für die Anna Elisabeth Seegenschneider in Scharke, und Rubr. III. No. 9. fünfzig

Thaler für Gottfried Jensch in Alt-Borun zu gleichen Rechten auf Grund der gerichtlichen Anmeldung im Protokolle vom 7ten Mai 1830, ex decreto vom 23ten August 1830, eingetragen, ein Dokument ist nicht ertheilt.

Der Eigenthümer des genannten Grundstücks hat behauptet, daß diese Posten getilgt seien, er kann jedoch darüber weder eine beglaubte Quittung des unfreistigen letzten Inhabers vorzeigen, noch dessen Erben dergestalt nachweisen, daß sie zur Quittungstellung aufgefunden werden können.

Auf seinen Antrag wird daher der Inhaber der oben erwähnten Posten, so wie dessen Erben, Cessionarien oder die sonst in seine Rechte getreten sind, vorgeladen, ihre Ansprüche spätestens im Termine den 28ten August 1848 Vormittags

11 Uhr

vor dem unterzeichneten Richter geltend zu machen, widriensfalls sie mit ihren Real-Ansprüchen auf das Grundstück und die Post präcludirt und ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden wird.
Wollstein, den 20. April 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Der Richter Brier,
Assessor.

Bekanntmachung.

Gemäß der Allerhöchsten Order vom 29ten Mai v. J. beginnt in diesem Jahre der hiesige Wollmarkt bestimmt am 7ten und endet am 10ten Juni c.

Dem theilhaftigen Publico bringen wir dieses hierdurch nochmals in Erinnerung, mit dem Bemerkens: daß auch während des Wollmarktes zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung alle Maßregeln getroffen seyn werden.

Ueberhaupt sind Angriffe auf das Eigenthum, außer einem Male, hier Orts nicht vorgekommen und nicht zu besorgen.

Breslau, den 6. Mai 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Ein mit Schulkenntnissen versehener Knabe findet sofort als Lehrling ein Unterkommen in der Destillation von
E. G. A. Krättschmann.

Alle meine Herren Schuldner, welche seit drei Monaten und länger bei mir im Rückstande sind, ersuche ich hiermit dringend, ihre Schulden mir binnen spätestens 14 Tagen zu bezahlen, widriensfalls ich dieselben gerichtlich einziehen lassen werde.
Posen, den 18. Mai 1848.

Salomon Joachim Auerbach,
Judenstraße No. 1 u. 2.

Da ich einen bedeutenden Vorrath Notizbücher von gutem ächten Pergament habe, und auch mein Geschäft als Buchbinder und Galanterie-Arbeiter jetzt stärker als früher betreibe, so empfehle ich solches zur geneigten Beachtung und verspreche zugleich, die mir zugehenden Bestellungen schnell und gut auszuführen.
Th. Juchlinski,
Friedrichstraße No. 28.

Große und kleine Quartiere sind zu vermieten
Berliner-Strasse No. 28.

Berichtigung. — In einigen, der letzten Posener Zeitung beigelegten Exemplaren der Denkschrift des E. Comités sind die störenden Druckfehler Seite 2. Z. 30. „uneigenthümlich“ in „ureigenthümlich“, und dieselbe Seite Zeile 6. von unten „statlichen“ in „staatlichen“ zu berichtigen.

Börse von Berlin.

Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel.

	Den 16. Mai 1848.	
	Zins-Fuss.	Preus. Cour-Brief. Geld
Staats-Schuldscheine	3 1/2	70 1/2 70 1/2
Präm.-Scheine d. Seehdl. à 50 T.	—	— 77 1/2
Westpreussische Pfandbriefe . .	3 1/2	74 1/2 —
Ostpreussische dito	3 1/2	— —
Grossherz. Posensche Pfandbr. . .	4	— —
dito dito dito	3 1/2	— —
Pommersche dito	3 1/2	88 —
Kur- u. Neumärkische dito . . .	3 1/2	— 87 1/2
Schlesische dito	3 1/2	— —
dto. vom Staat gar. Litt. B.	3 1/2	— —
Pr. Bank-Antheil-Scheine	—	64 1/2 63 1/2
Friedrichsd'or	—	13 1/2 13 1/2
Andere Goldmünzen à 5 Thlr. . .	—	12 1/2 12 1/2
Disconto	—	4 1/2 5 1/2
Actien.		
Berl. Anh. Eisenbahn Lit. A. B.	—	76 75
do. Priorit.	4 1/2	72 1/2 —
Berlin-Hamburger	4	59 1/2 —
do. Priorität	4 1/2	— —
Berlin-Potsd.-Magdeb.	4	— —
do. Prior. Oblig.	5	— —
do. do. do.	5	— —
Brl.-Stet. E. Lt. A. und B.	—	75 1/2 74 1/2
Köln Mind.	3 1/2	63 1/2 62 1/2
do. do. Prior. Oblig.	4 1/2	72 1/2 71 1/2
Niedersch.-Märk.	3 1/2	57 56
do. Priorität	5	76 1/2 75 1/2
do. Priorität	5	— —
do. III. Serie	5	73 1/2 73 1/2
Rhein. Eisenbahn	4	46 —
do. Stamm-Prior. (voll eingez.)	4	— —
do. do. Prior. Oblg.	4	— —
Thüringer	4 1/2	— —
do. do. Priorität	—	— —
Wilb.-B. (C.-O.)	5 1/2	— —